

Der Grosse Rat des Kantons Aargau beauftragte im Mai 2015 den Regierungsrat mit der Schaffung von vier bis fünf Asylgrossunterkünften. Es wurde dabei beschlossen, dass die heutigen kleinen und mittleren kantonalen Asylunterkünfte mittelfristig durch regional ausgewogen verteilte grössere Unterkünfte mit je 150 bis 300 Plätzen abgelöst sind. Dies mit dem Ziel, bessere Strukturen für den Betrieb und die Betreuung der Asylsuchenden zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund erteilte der Regierungsrat den Auftrag, Grundstücke zu evaluieren, die sich im Eigentum des Kantons, von Gemeinden oder Privaten befinden. Die Parzelle «Steiach» in Rütihof, die sich im Eigentum der Stadt Baden befindet, wurde dabei als möglicher Standort für eine Asylunterkunft identifiziert.

Das zuständige Departement Gesundheit und Soziales, vertreten durch Frau Regierungsrätin Franziska Roth und zwei Verantwortliche des Kantonalen Sozialdienstes, Unterabteilung Asyl, führte mit einer Delegation des Stadtrates Baden am 20. Dezember 2018 ein Gespräch über die mögliche Nutzung dieser Parzelle für eine Asylunterkunft mit rund 150 Personen. Es wurden bei diesem Gespräch verschiedene Punkte diskutiert und der Stadtrat brachte dabei unter anderem auch die kritischen Meinungsäusserungen sowie die Anliegen und Bedenken des Dorfvereinsvorstands und der Bewohnerinnen und Bewohner von Rütihof ein. Es wurde vereinbart, dass das DGS den Standort nun vertiefter prüft und genauer evaluiert, ob die Anforderungen des Kantons erfüllt werden. Zum entsprechenden Zwischenbericht zuhanden des Regierungsrats wird sich auch der Stadtrat nochmals vernehmen lassen können. Der Regierungsrat will im Herbst 2019 einen Standortentscheid fällen. Die Realisierung der Asylunterkunft wäre aufgrund des politischen Prozesses erst auf Ende 2024 vorgesehen.

Der Stadtrat zeigt sich grundsätzlich offen für eine Prüfung des Areals. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Stadt Baden durch den Wegfall der heutigen Asylunterkunft La Cappella per Ende April 2019 künftig wieder mehr Unterbringungsplätze für Personen des Asylrechts zur Verfügung stellen müsste. Mit der Realisierung einer grösseren Asylunterkunft würde diese Aufnahmepflicht für Baden wegfallen.

Von Seiten Kanton wurde dem Stadtrat im Rahmen des Gesprächs erneut zugesichert, dass kein Entscheid über die Köpfe der Stadt Baden hinweg gefällt wird. Falls es im gegenseitigen Einvernehmen von Kanton und Stadt Baden zu einer Realisierung des Projektes käme, würde ein intensiver Einbezug des Stadtrats Baden und der Bevölkerung von Rütihof gewährleistet. Der Entscheid ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig offen.

Wohl auch aufgrund eines Aufrufes per WhatsApp gehen verschiedene Schreiben beim Kanton und bei der Stadt ein. Die darin geäusserten Bedenken und Anliegen werden sowohl vom Kanton als auch von der Stadt ernst genommen. Zum heutigen Zeitpunkt ist es nicht möglich, auf einzelne und zu Teil sehr konkrete Fragen zu einer möglichen Umsetzung zu antworten. Die Bevölkerung wird jedoch über alle weiteren Schritte informiert.

Regula Dell'Anno-Doppler  
Stadträtin Baden